

PLENUM AKTUELL

31. März bis 2. April 2009

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Mehrbelastung der nordhessischen Polizei unhaltbar

CDU/FDP:

Bouffier behauptet, die Polizei sei besser aufgestellt als jemals zuvor und hätte die beste Sachausstattung, der Fuhrpark wäre modernisiert, und es seien neue Dienstpistolen angeschafft worden. *Nur die warmen Unterhosen hat er noch vergessen.*

Damit will der Innenminister von seinem Personal-Kahlschlag ablenken: Seit 2004 hat er kontinuierlich Stellen für Vollzugsbeamte und Tarifbeschäftigte gestrichen und daher ist der Dienst in den Revieren sehr problematisch. Allein in den Jahren 2007 / 2008 hat er in Nordhessen 113 Stellen im Vollzug und der Verwaltung ersatzlos gestrichen. Hinzu kommt, dass von 100 Beamten, die in den Ruhestand gehen, nur 60 Prozent der Stellen sofort besetzt werden können, weil es an Nachwuchs fehlt.

SPD:

Im Bereich des Polizeipräsidiums Nordhessen gibt es zu wenig Personal, da helfen auch keine Nebelkerzen von Bouffier. Der Stellenabbau im Vollzug, das Dezimieren der Bereitschaftspolizei und die Schließung von Revieren gehen zu Lasten der Sicherheit und der Gesundheit unserer nordhessischen Beamtinnen und Beamten. Nach der herben Kritik der Gewerkschaft der Polizei an der Personalpolitik des Landes, räumen jetzt selbst Polizeivertreter öffentlich ein, dass es in den Polizeidienststellen zu personellen Engpässen kommt. Wenn eine Besetzung von Polizeistationen jedoch nicht mehr rund um die Uhr gewährleistet ist, wird das Sicherheitsgefühl der Bürger nachhaltig beeinträchtigt und die innere Sicherheit gefährdet. Hinzu kommt, dass die Polizeibeamtinnen und Beamten ständig überfordert werden und Dienste ohne ausreichende Ruhephasen ‚schrubben‘ müssen, was dazu führt, dass selbst junge agile Beamte entkräftet werden.

Mit einem Berichtsantrag wollen wir erfahren, wie sich in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008 und 2009 die Anzahl der zugewiesenen Planstellen für Polizeivollzugsbeamte im Polizeipräsidium Nordhessen tatsächlich entwickelt hat, welche Stellen unbesetzt sind und welche für andere Aufgaben zweckentfremdet wurden. Dann zählen Daten und Fakten, theoretische Schönrechnerei lassen wir Bouffier nicht durchgehen.

Peinliche Panne beim Zentralabitur - Versagen der Kontrollmechanismen

CDU/FDP:

Es müsse sichergestellt werden, dass sich ein solch ärgerlicher Vorfall nicht wiederholt. Die Ursachen der aufgetretenen Fehler müssten genau untersucht und bewertet werden. Es sei jedoch Unsinn, wegen der Panne gleich das Zentralabitur wieder abzuschaffen. Das Zentralabitur schaffe die Möglichkeit, Standards festzuschreiben.

SPD:

Offensichtlich weiß Kultusministerin Henzler bis heute nicht, wie es zu dieser Panne kommen konnte und warum Kontrollmechanismen eklatant versagt haben. Henzler versucht zwar, den Schaden zu begrenzen, hält aber gegen alle Bedenken am Zentralabitur fest. Wir sagen: Wer alles zentralisieren will, muss es auch 100prozentig vorbereiten.

Wenn die Ministerin sogar eingesteht, dass in vier Fächern Korrekturen an den Aufgaben auf den letzten Drücker notwendig waren, weckt das erhebliche Zweifel an der Professionalität der Vorbereitung.

Rettungsübernahmegesetz retten – politische Taktiererei beenden

CDU/FDP:

Der stellv. Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn will, dass Hessen dem Rettungsübernahmegesetz im Bundesrat nicht zustimmt. Diese Blockade kann weder im bundesdeutschen noch im hessischen Interesse liegen und Hahn macht sich zum Sprachrohr von Spekulanten. Der US-Großaktionär Flowers, der 24 % der Anteile von HRE kontrolliert, lehnt die Übernahme durch den Bund ab, er will weiter mitmischen. Eine Übernahme seiner Aktien durch den Staat zum aktuellen Börsenwert hat er abgelehnt. Anstelle der 77 Cent, die die Aktien derzeit wert sind, will Flowers 3 Euro.

SPD:

Die FDP muss sich Fragen lassen, ob ihr die Interessen von Spekulanten wichtiger sind als die Verantwortung für den gesamten Finanzsektor in Deutschland und damit für die Wirtschaft mit ihren Folgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wenn der Staat viel Geld zur Rettung der Hypo Real Estate Bank investiert, dann muss er auch großen Einfluss auf die Bank haben.

Wir werfen Hahn vor, die Enteignung der Steuerzahler in Kauf zu nehmen, denn ohne staatliche Hilfen wäre die Bank längst pleite. Dafür will er dem Spekulanten Flowers goldene Eier ins Nest legen, bezahlen kann dann der Steuerzahler. So versteht die FDP die Risikoverteilung in unserer Gesellschaft. Viele Mitarbeiter bei HRE werden entlassen, der Steuerzahler blutet, und Herr Hahn kümmert sich um den gierigen Herrn Flowers.

Die FDP will möglichst wenig Staat. Aber genau diese Haltung hat uns in die Krise geführt, denn ein Markt ohne Grenzen funktioniert nicht.

Energieversorgung von morgen gestalten – Atomrisiko beenden

CDU/FDP:

Die Koalitionäre wollen die weitere Nutzung der Kernenergie als Übergangstechnologie. Kernkraft soll über den rot-grünen Ausstiegsbeschluss hinaus weiter genutzt werden.

Für Biblis A und Biblis B soll es über die Reststrommengenabarbeitung hinaus eine Laufzeitverlängerung geben.

Kochs energiepolitisches Feigenblatt ‚Nachhaltigkeitsstrategie‘ ist nur eine weitere Verzögerungstaktik. Die Landesregierung könnte sofort das in Hessen vorhandene Potential zur Einleitung der Energiewende nutzen.

SPD:

Für uns gebietet nachhaltige Energiepolitik auch den Verzicht auf die Atomkraft. Das Risikopotenzial, das ungelöste Entsorgungsproblem und das Risiko eines Terroranschlages sind unverantwortbar hoch. Die zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgern getroffene Vereinbarung, bis zum Jahre 2022 aus der Atomenergie auszusteigen, muss deshalb ohne zeitliche Verzögerung umgesetzt werden. Ein schrittweiser Ausstieg aus der Atomenergie wird die Versorgungssicherheit in Hessen nicht gefährden, wenn die Möglichkeiten der Ersetzung durch erneuerbare Energien, der Energieeinsparung und der Energieeffizienzsteigerung in all ihren Facetten konsequent genutzt werden. Jede Verzögerung der Energiewende führt zur Problemverlagerung auf die nachfolgenden Generationen, erhöht das Risikopotenzial und vergrößert zwangsläufig die notwendig werdenden Aufwendungen zur Problemlösung. Leider stellt sich die Landesregierung nicht dieser Aufgabe, lässt die Möglichkeiten zum Ausbau der erneuerbaren Energien ungenutzt und bleibt damit weiter Schlusslicht der Bundesländer.